

Lockbriefe statt Wehrpflicht

Die neuen deutschen Streitkräfte sollen „durchgestylt“ in die Zukunft marschieren

Berlin. Wie bei der zivilen Werbung könnte es künftig auch auf einem militärischen „Werbemarkt“ zugehen: Die jungen wehrtüchtigen Männer bekommen keinen Einberufungsbescheid mehr vom Kreiswehrersatzamt, sondern „Lockbriefe“ in Form von freundlich gehaltenen Schreiben der Bundeswehr. „Wenn Sie Lust haben, zu uns zu kommen, können wir Ihnen etliche attraktive Angebote machen, die Sie später für Ihren zivilen Beruf nutzen können“, könnte es in der Werbung aus dem Verteidigungsministerium heißen.



„Durchgestylt“ soll die Bundeswehr werden. Nach der Abschaffung der Wehrpflicht sollen zukünftig Werbeschreiben junge Bürger dazu bringen, sich freiwillig den Streitkräften anzuschließen – dann aber für mindestens zwölf Monate oder länger. Foto: ddp

Die Bundeswehr werde „durchgestylt“ in die Zukunft marschieren, war am Wochenende in Berlin aus Kreisen der Reformen der Streitkräfte zu erfahren. Sie werde allen, die nach der voraussehbaren Aussetzung der Wehrpflicht freiwillig unter die Fahnen eilen wollen, „viele bieten, aber auch vieles von ihnen verlangen“, wurde von den Experten unterstrichen. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), der trotz aller Widerstände gegen seine Ideen für eine neue Bundeswehr schon jetzt zuweilen als der „Große Reformier“ der deutschen Armee bezeichnet wird, hält sich vor den Entscheidungen im Herbst bedeckt. Die hitzig aufgekommenen Diskus-

sionen mit allerlei Zahlenspielen bezeichnet er als „Wasserstands meldungen“.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur ddp dürfte es nach dem Ende der gerade auf sechs Monate begrenzten Dienstzeit für wehrpflichtige junge Männer im Dezember eine neue Bundeswehr mit 156 000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie mit zwischen 7000 bis 10 000 Freiwilligen geben. Der Gesamtumfang der neuen deutschen Streitkräfte dürfte sich dann unter Berücksichtigung einer Planungsreserve zwischen 165 000 bis 170 000 Bundeswehrangehörigen bewegen. Gegenwärtig dienen in den Streitkräften gut 250 000 Soldaten. Die Freiwilligen

müssten sich nach ddp-Informationen mindestens bis zu zwölf Monate oder länger verpflichten. Die Zeitspanne soll sogar bis 23 Monate gehen. „Sonst hat es keinen Sinn“, war aus den Reihen der Inspektoren zu hören. Die freiwilligen Soldaten müssten allerdings auch dem Befehl zum Einsatz nach Afghanistan folgen. Alle Wehrpflichtigen waren von einem solchen Einsatz ausgeschlossen. Die bisherigen Zeitsoldaten – vier, sechs, acht oder mehrere Jahre im Dienst – konnten nur mit ihrer Zustimmung an den Hindukusch geschickt werden.

Zwischen den Bundestagsparteien geht es in Sachen Bundeswehrreform, bei der 8,3 Mrd. Euro bis 2014 eingespart wer-

den müssen, „hoch her“. Nach Informationen eines Magazins formiert sich in CDU und CSU „massiver Widerstand“ gegen die Pläne Guttenbergs für den Einsatz von Freiwilligen. Die Wehrpflicht müsse erhalten bleiben, heißt es aus den Reihen der Union.

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ernst-Reinhard Beck (CDU), sagte in einem ddp-Gespräch: „Ich hoffe und bin auch optimistisch, dass die SPD Elemente der Wehrpflicht erhalten möchte. Es ist im Interesse Deutschlands, wenn wir eine möglichst breite Mehrheit für sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen erreichen können“. Die Steigerung der

Effizienz der Bundeswehr sei die zentrale Forderung, die hinter den Reformbemühungen stehe. Es gehe um eine moderne, leistungsfähigere Bundeswehr, die ihre Aufgaben im vollen Einsatzspektrum optimal erfüllen kann.

Guttenberg will die Wehrpflicht auf jeden Fall im Grundgesetz weiter erhalten. Mit einem einfachen Gesetz könnte sie aber bis auf weiteres ausgesetzt werden. In einem „Fall X“ der Bedrohung Deutschlands könnte die Wehrpflicht sofort wieder eingeführt werden. Diese Marschrichtung hat auch schon Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als wahrscheinlichste Variante angedeutet. (ddp)



Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, hat jetzt „zum Teil dramatische“ Mängel bei der Ausrüstung und der Ausbildung der Soldaten im Auslandseinsatz moniert. Zu den Schwachpunkten gehört auch der Transportpanzer „Dingo“. Foto: ddp

Gravierende Mängel

„Dramatische“ Versorgung und Ausrüstung der Soldaten

Dortmund. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus, moniert gravierende Mängel bei Ausrüstung und Ausbildung deutscher Soldaten im Auslandseinsatz. „Versorgung und Ausrüstung der Soldaten sind zum Teil dramatisch“, sagte Königshaus. Es gehe um Mängel bei Unterbringung und Verpflegung, aber auch um fehlende Fahrzeuge und Munition.

„Diese Defizite gefährden mehr und mehr Moral und Motivation in der Truppe“, sagte Königshaus. Die Soldaten im Einsatz hätten das Gefühl, nicht

die Ausrüstung zu erhalten, die sie benötigen, sagte er. „Wenn sie Verbesserungsvorschläge machen, werden diese nicht oder nur mit langem Vorlauf umgesetzt. Es gibt zu viel Bürokratie, und in der Zivilverwaltung fehlt manchmal der Bezug zur Realität vor Ort im Einsatz“, kritisierte er.

Als Beispiel nannte Königshaus die Fahrzeuge. „Die Soldaten werden nach wie vor auch an nicht-gepanzerten Fahrzeugen für den Einsatz in Afghanistan ausgebildet“, sagte er. Im Auslandseinsatz würden aber

die Transportpanzer „Dingo“ und „Fuchs“ genutzt. Auf deren Gewicht und Fahreigenschaft könnten sich die Soldaten in der Ausbildung deshalb nicht oder nur unzureichend vorbereiten.

„Die meisten Kraftfahrer erhalten nur eine Art Schnupperkurs“, sagte Königshaus. Außerdem fehle der Bundeswehr in Afghanistan ein Fahrzeug, mit dem Minen und Sprengfallen beseitigt werden könnten, ohne auszusteigen und sich dabei in Gefahr zu begeben. (ddp)

Früher gut. Heute gut.

Es gehört mehr Mut dazu seine Meinung zu ändern als ihr treu zu bleiben.

Empfehlung der Woche

- 100g Haussalami** traditionell hergestellt **1.55 Euro**
- 1St. Pfefferbeißer** eigene Herstellung **0.90 Euro**
- 1St. Weißwurst** aus eigener Herstellung **0.70 Euro**
- 100g Nackensteaks** Herzhaft mariniert **0.99 Euro**
- 100g Hähnchenbrust** natur oder Grill fertig mariniert **1.25 Euro**
- 100g Kotelett** magere Lummerkotelett **0.65 Euro**

Für ihre Ferien

Spitzenprodukte die in Ihrem Urlaub Genuss aus der Region bieten. Auf Wunsch vakuumieren wir ihnen unsere Produkte kostenlos.

WEBER Röntgenstraße 21 57078 Siegen-Geisweid Tel. 0271.81126 www.fleischerei-weber.de

Küchenstudio der Extra-Klasse

PLANUNGSWOCHE

50% auf alle frei geplanten Küchen - inkl. Lieferung und Montage

Über 111 Jahre **Möbel-Nies**

57080 EISERFELD · Bühlnstraße 14 P
Telefon (02 71) 3 58 11

Kurz & bündig Union über SPD empört

Frankfurt/Main. Die Union reagiert empört auf die Forderung von SPD und Grünen, die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz zu überprüfen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt: „Es ist beschämend, dass SPD und Grüne dem Verfassungsschutz in den Arm fallen und sich schützend vor die Linkspartei stellen.“ Die SPD packe offenbar das schlechte Gewissen, weil sie in Nordrhein-Westfalen mit der Linkspartei paktiere. „Dass die Linkspartei von verfassungsfeindlichen Strömungen unterwandert ist, liegt doch nicht am Verfassungsschutz, sondern an den SED-Nachfolgern selber“, sagte Dobrindt. „Die Linkspartei muss auch in Zukunft großflächig vom Verfassungsschutz beobachtet werden.“ Unions-Bundestagsfraktionschef Volker Kauder (CDU) sagte, der Vorstoß zeige, dass die Parteien bereits eine rot-rot-grüne Koalition im Bund vorbereiteteten. (ddp)

Erneuerung „von unten“

Hamburg/Düsseldorf. Die CDU-Basis in Nordrhein-Westfalen soll über die Nachfolge des scheidenden Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers bestimmen. Das fordert der stellvertretende CDU-Landtagsfraktionschef Armin Laschet. „Die Erneuerung der CDU kann nach einer so schmerzhaften Wahlniederlage nur von unten gelingen“, sagte Laschet und betonte: „Wer CDU pur will, muss die Mitglieder des größten Landesverbandes beim Neuanfang beteiligen. Sie wissen, wie die Wähler denken.“ Die CDU will am 2. Oktober bei einem Landesparteitag einen neuen Landeschef wählen. (ddp)

Aufnahme von Dissidenten

Hamburg. Nach monatelanger Prüfung nimmt Deutschland 50 iranische Dissidenten auf, die nach der gescheiterten „Grünen Revolte“ im vergangenen Jahr aus dem Land fliehen mussten. Wie ein Magazin gestern vorab berichtete, reisten laut Bundesinnenministerium seit Mitte Juni bereits zwölf von ihnen ein, ein weiterer soll in der kommenden Woche folgen. Die Dissidenten waren nach ihrer Flucht aus dem Iran in der Türkei gestrandet. Nach Angaben des Berliner Menschenrechtsaktivisten Mehran Barati leben die meisten der aufgenommenen Iraner, darunter vor allem regimiekritische Journalisten, in der Bundeshauptstadt. Weitere seien in Hamburg und Nordrhein-Westfalen untergekommen. (ddp)

Nachfolger nicht sicher

Hamburg. Die Grünen in Hamburg wollen sich nach dem angekündigten Rückzug von Ole von Beust aus dem Amt des Bürgermeisters noch nicht auf die Wahl von Christoph Ahlhaus (beide CDU) als seinen Nachfolger festlegen. Der Grünen-Bundestagsfraktionschef Jürgen Trittin knüpfte gestern die Entscheidung seiner Partei an Bedingungen. Die Hamburger CDU müsse vor der Bürgermeisterwahl am 25. August erklären, welche Politik sie in Zukunft mit den Grünen machen wolle, sagte er. Der Hamburger GAL-Fraktionschef Jens Kerstan schloss auch Neuwahlen nicht aus. „Die CDU hat dem Bündnis eine Teilkündigung ausgedroht. Nun muss die CDU begründen, wie sie die Stadt weiterregieren will“, sagte Trittin. „Im Moment wissen wir nicht, was die Hamburger CDU will.“ (ddp)

Verfassungswidrig?

Reform durch Gleichheitsgebot bedroht

Berlin. Die SPD sieht in der anstehenden Gesundheitsreform der schwarz-gelben Koalition einen möglichen Verfassungsverstoß. Der von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) für Geringverdiener geplante Sozialausgleich könnte dem Gleichheitsgebot im Grundgesetz widersprechen, berichtete gestern eine Zeitung unter Berufung auf ein für die SPD erstelltes Gutachten des Frankfurter Juristen Ingwer Ebsen.

Das Gesundheitsministerium sieht indes keinen Anlass für Zweifel. „Ein Gutachten, das zu einem noch nicht existierenden Gesetzentwurf erstellt wird, kann nur politisch motiviert sein und ist fachlich unseriös“, sagte ein Ministeriumssprecher gestern in Berlin. Die Versicherten könnten davon ausgehen,

dass der Sozialausgleich „nicht nur unbürokratisch, sondern auch gerecht ausgestaltet sein wird“. Mit dem Sozialausgleich soll bei Geringverdienern die Belastung durch die Zusatzbeiträge gemildert werden.

Bei der Berechnung des Sozialausgleichs würden laut Gutachten nur das Arbeitsentgelt und die Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt, schrieb das Blatt. Andere beitragspflichtige Einkommen blieben außen vor. Das führe dazu, dass Kassenmitglieder, die tatsächlich ein höheres beitragspflichtiges Einkommen haben, unter Umständen leichter in den Genuss des Sozialausgleichs kommen als solche mit niedrigem Einkommen. Für diese Berechnungsart bestehe „ein hohes verfassungsrechtliches Risiko“. (ddp)

Familienpflegezeit

Schröder will Modell noch dieses Jahr

Berlin. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) möchte das von ihr angeregte Modell der Pflegezeit noch in diesem Jahr einführen. „Ich will die Familienpflegezeit bis Ende des Jahres“, sagte sie.

Die Pflegezeit sieht vor, dass Angehörige zwei Jahre lang Teilzeit arbeiten und währenddessen 75 Prozent ihres Gehaltes bekommen. In den darauffolgenden zwei Jahren erhalten sie bei Vollzeitarbeit ebenfalls 75 Prozent Gehalt. Für ein Pflegegeld ähnlich dem Elterngeld sieht Schröder derzeit keinen finanziellen Spielraum. „Natürlich würde ich gern ein Pflegegeld analog zum Elterngeld einführen. Aber in Zeiten knapper Kassen können wir nicht jedes Problem mit mehr Geld lösen“, sagte sie. Die Ministerin rief die

Bürger zu mehr Eigeninitiative auf. „Ich wünsche mir, dass sich mehr Menschen ehrenamtlich in der Pflege engagieren und zum Beispiel alten und kranken Menschen aus der Zeitung und Fernsehen lesen und ihnen vorsingen“, sagte sie. Die Pflegeversicherung sei „nur eine Teilkasko, keine Vollkaskoversicherung“. Deshalb appelliere ich auch an jüngere Leute, soweit möglich Geld für das Alter zurückzulegen.“

Ihre eigenen Eltern würde Schröder nach Möglichkeit nicht in ein Heim geben. „Wenn meine Eltern einmal pflegebedürftig sein sollten, möchte ich versuchen, Pflege zu Hause zu organisieren. Mein Bruder und ich haben bereits darüber gesprochen.“ (ddp)

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergraben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de
Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller - Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15; Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortl. für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.
Geschäftsstellen: Siegen, Obergraben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.
Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. - Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 19 gültig.